

Die deutsche Wissenschaftsemigration in den Iran und die Gründung der Universität Teheran

Christl Catanzaro

Ich möchte vorausschicken, daß ich in diesem Beitrag keinen expliziten Vergleich zwischen dem Ablauf und den Ergebnissen der Wissenschaftsemigration in die Türkei und in den Iran leisten kann. Dies muß weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Wissenschaftsemigration in den Iran kann sich – was vermutlich bekannt ist – weder zahlenmäßig noch in irgendeiner anderen Hinsicht mit der in die Türkei messen. Während die iranischen Diplomaten in Europa die Anträge deutscher Emigranten nach Kräften unterstützten, konnte sich die iranische Regierung lange Zeit auf keine einheitliche Marschroute einigen und war daher zu keinem rechten Entschluß fähig, so daß die Geschichte der deutschen Wissenschaftsemigration in den Iran über weite Strecken eine Geschichte der Mißerfolge und verpaßten Chancen ist. Interessant ist, daß die Türkei und ihr Geschick, die Gunst der Stunde zu nutzen, von den Befürwortern der Aufnahme deutscher Emigranten im Iran immer als vorbildhaft dargestellt wurde. Einige wenige deutsche Wissenschaftler haben trotz der bürokratischen und sonstigen Hürden ihren Weg an die Universität Teheran oder in die Krankenhäuser des Landes geschafft, einer von ihnen hat es gar zum Berater des Unterrichtsministeriums gebracht. Ihren Weg und den ihrer weniger erfolgreichen Kollegen werde ich versuchen, exemplarisch nachzuzeichnen.

Für die Zeit, bevor in Deutschland Hitler zum Reichskanzler gewählt wurde, sind im Iranischen Staatsarchiv nur zwei Anfragen deutscher Maschinenbauer aus dem Jahre 1931 erhalten, die sich – offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen – um eine Einreise in den Iran und eine Anstellung dort bemühten. Der erste wurde sofort abgelehnt, der zweite immerhin aufgefordert, seine Unterlagen einzusenden, auch wenn aus den vorhandenen Dokumenten nicht ersichtlich wird, ob es schlußendlich zu einer Anstellung kam oder nicht.

Nach 1933 häuften sich die Anfragen: Neben Gesuche von Privatpersonen, die für gewöhnlich über die iranische Vertretung in Berlin oder im jeweiligen Flüchtlingsland eingereicht wurden, traten die Bemühungen der jüdischen Flüchtlingskomitees, qualifizierten deutschen Ärzten, Wissenschaftlern und Hochschullehrern ein neues Zuhause und einen neuen Arbeitsplatz zu vermitteln.

Dabei versuchten viele Bewerber, die iranische Regierung von den Vorteilen ihrer Anstellung zu überzeugen. So versprachen Ärzte nicht nur, gegen geringes Gehalt zu arbeiten, sondern auch, alle für ihre Arbeit nötigen Gerätschaften, wie etwa im Iran damals sehr seltene Röntgenapparate, mitzubringen. Nichtsdesto-

trotz wurde vom Parlament (*mağles*) ein Gesetz erlassen, das den Zuzug ausländischer Ärzte behinderte, indem es ihre Niederlassungsfreiheit beschränkte. Der iranische Botschafter in Brüssel vermutete dahinter die Ränke der in Teheran niedergelassenen iranischen Ärzte, die wohl die ausländische Konkurrenz fürchteten und legte – vergeblich – Protest ein. Sollte die Regel wirksam werden, sagte der Botschafter, würden wohl nur noch unfähige Ärzte, die keinen anderen Ausweg als den Iran sähen, in den Iran kommen wollen. Er betonte die Notwendigkeit der Anwerbung ausländischer Ärzte, da der Iran weder genug einheimische Ärzte hätte noch eine richtige Ärzte-Schule, die für Nachwuchs sorgen könnte. Auch der Chef des Nationalen Gesundheitsamtes und der Premierminister setzten sich für eine Anstellung ausländischer Ärzte ein, doch gab es genauso gegenteilige Stimmen, die behaupteten, man habe im Iran genug Ärzte und müsse daher keine aus dem Ausland holen.

Ich möchte Ihnen an einem konkreten Beispiel deutlich machen, zu welchen Verwicklungen diese zögerliche und unschlüssige Politik führen konnte: Zur Zeit der Erbauung des Krankenhauses Âstân-e Qods in der Stadt Mašhad ersuchte der Schah den Premierminister, zwei ausländische Ärzte als Direktor und als Leiter der Abteilung für Innere Medizin dieses Krankenhauses anzustellen. Der Premierminister wandte sich daraufhin an die Botschafter Irans in Europa. Der iranische Botschafter in Paris, der bekannte Radikalrevolutionär Taqîzâde, der sich auch sonst sehr um eine Vermittlung deutscher Emigranten bemühte, antwortete postwendend mit einer Liste geeigneter Personen. Als sein Schreiben zunächst unbeantwortet bleibt, erinnert er 10 Tage später in einem weiteren Schreiben an die Wichtigkeit dieser Angelegenheit, nicht ohne zu betonen, daß andere Länder, die schnell entscheiden würden, die einmalige Gelegenheit, so billig an solche Schätze zu kommen, bereits nutzen würden, allen voran die Türkei. Zwei Wochen später teilt der Premierminister dem Botschafter Taqîzâde mit, für welche Bewerber man sich entschieden habe: Er nennt sechs Kandidaten, über welche der Botschafter genauere Nachforschungen anstellen solle, um dann zwei von ihnen auszuwählen. Es folgt ein Briefwechsel in Geheimschrift, in dem die Anstellungsbedingungen ausgehandelt werden, wobei vor allem die Übernahme der Reisekosten und die Höhe des Gehaltes heiß diskutiert werden. Gut zwei Monate nachdem der Premierminister seinen Botschafter Taqîzâde über seine Favoriten informiert hatte, erhält er zur Antwort, daß drei der sechs Ärzte bereits eine anderweitige Anstellung gefunden hätten. Zum Ausgleich stellt Taqîzâde einige neue Kandidaten vor, die der iranische Botschafter in Genf ausfindig gemacht hatte. Unter ihnen befinden sich zwei offensichtlich hochrangige Professoren, die aber ebenso hohe Forderungen stellen, was eine erneute Diskussion über die Anstellungsbedingungen auslöst. Zwei weitere Wochen vergehen, bis der Premierminister einwilligt, einen von beiden unter den genannten Bedingungen als Direktor des Krankenhauses anzustellen. Der zweite Arzt, den man berufen wolle, solle zu den ursprünglich festgelegten Bedingungen unter den bereits vorher bekannten Kan-

didaten ausgewählt werden. Erst zehn Tage nach dieser Entscheidung des Premierministers stimmt der Schah der Sache zu. Fast ein weiterer Monat vergeht, bevor sich Botschafter Taqîzâde erneut meldet und – man ahnt es schon – einen weiteren Kandidaten serviert, dessen Bedingungen günstiger sind und der bereit ist, sich sofort auf den Weg in den Iran zu machen. Doch die Verhandlungen verzögern sich auch dieses Mal, weil der Kandidat auf der gleichzeitigen Anstellung eines Chirurgen und eines Radiologen besteht und der Premierminister zwar die Notwendigkeit dieser Maßnahme sieht, sich aber nicht vertraglich festlegen lassen will. Drei Wochen, nachdem Botschafter Taqîzâde den neuen Kandidaten vorgestellt hatte, bietet man diesem schließlich an nach Teheran zu kommen, um dort direkt in Verhandlungen zu treten. Ein paar Tage später meldet sich der iranische Botschafter in Genf, um den Premierminister über den Vorgang zu informieren, von dem er seinerseits von Taqîzâde bereits vor über zwei Monate unterrichtet worden war. Im Postskriptum findet sich der Vermerk, daß mittlerweile die Absage eines der beiden Kandidaten eingetroffen sei. Wiederum einige Tage später kommt eine ähnlich enttäuschende Nachricht aus Paris: Da die Antwort des Premierministers zu spät eingetroffen ist, hat der von Taqîzâde vorgeschlagene Kandidat eine andere Stelle angenommen. Um das nächste Mal ein solches Malheur vermeiden zu können, bittet Botschafter Taqîzâde um unbeschränkte Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, die ihm – offensichtlich hat man auch in Teheran aus den Erfahrungen gelernt – umgehend gewährt wird. Indes vergehen noch einmal fast zwei Monate, in denen man nur von Mißerfolgen hört, bevor, gut achteinhalb Monate nachdem sich der Premierminister zum ersten Mal in dieser Angelegenheit an die politischen Vertreter Irans in Europa gewandt hatte, eine Antwort des Iranischen Botschafters in Berlin in Teheran eintrifft. Nur eine Woche später erhält dieser – nach eiligem Briefverkehr mit dem Premierminister – die Erlaubnis, den von ihm vorgeschlagenen Kandidaten, Prof. Hammerschlag, von dem er behauptet, daß er der ehemalige Chef des staatlichen Krankenhauses und der Frauenklinik in Berlin sei, über den ich aber im „Handbuch der deutschsprachigen Emigration“ keinerlei Hinweis gefunden habe, einzustellen. Die Übernahme der Reisekosten wird dabei ebenso zugesagt wie die Gewährung günstiger Konditionen für den Vertrag. Schon zehn Tage später kommt aus Berlin die Bestätigung, daß der Kandidat eingestellt wurde und sich bereits auf den Weg gemacht hat. Zwei Monate danach teilt der Premierminister dem Botschafter in Berlin mit, daß der Vertrag akzeptiert wurde und der Arzt seine Arbeit am Krankenhaus aufgenommen habe. Noch immer sei jedoch die Stelle des Arztes für Innere Medizin zu besetzen. Wie die Verhandlungen um diese zweite Stelle weitergingen und ob sie jemals besetzt wurde, ist leider aus dem mir bisher vorliegenden Material nicht ersichtlich. Aber selbst wenn dem so wäre, hätte ich Ihnen wohl eine zweite Odyssee durch den iranischen Bürokratie-Dschungel jener Zeit erspart und wäre nun zum nächsten Kapitel gekommen: Dem Beitrag deutscher Wissenschaftler zur Gründung der Universität Teheran.

Das Gesetz zur Gründung der Universität wurde am 29. Juni 1934 vom Parlament verabschiedet, am 4. Februar 1935 erfolgte die Grundsteinlegung durch Reza Schah Pahlavi. Der Lehrbetrieb wurde im November 1935 aufgenommen. Die Gründung der Universität Teheran war zunächst der Zusammenschluß mehrerer bereits existierender Institutionen:

- die 1899 gegründete Hochschule für Politikwissenschaften und die 1902 gegründete Hochschule für Rechtswissenschaften wurden zur Juristischen Fakultät zusammengeschlossen.
- die 1918 entstandene, von der alten Hochschule Dar ul-Fonun unabhängige Fakultät für Medizin wurde als Medizinische Fakultät übernommen. Zu ihr gehörte eine Schule für Zahnmedizin sowie eine Schule für Krankenpflege.
- die Theologische Fakultät, die im Sinne der angestrebten Säkularisierung der Erziehung und des Hochschulwesens gegen die traditionellen theologischen Schulen gegründet wurde, deren Programm jedoch trotzdem stark von ihren Vorgängerinnen beeinflusst ist.

Zu diesen drei Fakultäten, die auf Vorgängerinstitutionen aufbauen konnten, kamen weitere drei, die für den Iran vollkommen neu waren:

- eine naturwissenschaftliche und eine philosophische Fakultät, die mit der 1919/20 gegründeten Pädagogischen Hochschule eng verbunden waren und mit ihr einem gemeinsamen Dekan unterstanden, sowie
- eine ingenieurwissenschaftliche Fakultät.

Im ersten akademischen Jahr unterrichteten an der Universität Teheran 143 Dozenten, darunter 14 Ausländer, also fast zehn Prozent, was ein doch recht stattlicher Anteil ist. Zwei der Ausländer waren für jeweils zwei Fakultäten tätig. Die meisten Ausländer (acht) unterrichteten an der Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften (Fächer: Chemie, Biologie, Geologie, Archäologie, Botanik, Astronomie, Philosophie, Französische Sprache und Literatur). Vier Ausländer waren an der juristischen Fakultät tätig (Vergleichendes Zivilrecht und Römisches Recht, Russisch und allgemeine Buchhaltung, Geschichte der Diplomatie und Soziologie, Französisch) und jeweils zwei Ausländer lehrten an der Medizinischen Fakultät (Praktische Anatomie, Pharmazeutische Chemie) und an der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät (Industriechemie und Topographisches Zeichnen). Um die Zahl der Ausländer richtig beurteilen zu können, muß man sie natürlich in Relation zur Zahl der an der jeweiligen Fakultät lehrenden Iraner setzen. So unterrichteten an der Medizinischen Fakultät insgesamt 44 Dozenten, die zwei Ausländer unter ihnen stellten also eine relativ kleine Gruppe dar, während die zwei Ausländer unter den insgesamt 16 Dozenten der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät doch eine nicht zu verachtende Menge bildeten. Daß sich an der theologischen Fakultät kein Ausländer fand, bedarf wohl keiner Erklärung.

Natürlich interessiert auch die Nationalität der Ausländer. Die meisten (elf) waren Franzosen, was durch die ausgeprägten französisch-iranischen Hochschulkontakte begründet war. Viele der Personen, welche die Geschicke der Universität entscheidend prägten und mitbestimmten wie etwa ʿAlī-Akbar-e Siyâsî, ʿAlī Asgar-e Hekmat oder ʿIssâ Sadîq, hatten in Frankreich studiert, was wohl auch dafür verantwortlich gemacht werden darf, daß die Universität Teheran nach französischem Vorbild modelliert wurde. Französisch war neben Persisch Unterrichtssprache an einigen Schulen, weswegen schon vor der Gründung der Universität der eine oder andere Franzose an einer iranischen Schule unterrichtet hatte. So hatten auch vier der elf Franzosen, die Dozenten an der Universität waren, bereits an der Pädagogischen Hochschule unterrichtet. Von den restlichen Ausländern dürfte einer dem Namen nach Engländer gewesen sein, die übrigen zwei waren Deutsche:

- Prof. Willy Haas hatte in München promoviert, war während des Ersten Weltkrieges im Auswärtigen Amt in Berlin in der Nachrichtenstelle für den Orient tätig gewesen, hatte dann 1919 an der Universität Köln habilitiert und schließlich 1923 einen Ruf als Professor an die Hochschule für Politik in Berlin bekommen. 1933 war er in den Iran emigriert, wo er das von ihm begründete Ethnographische Museum leitete und als Berater des Unterrichtsministeriums fungierte. Außerdem unterrichtete er bis 1935 Neuere Philosophie an der Pädagogischen Hochschule sowie ab 1935 Geschichte der Diplomatie, Soziologie und Philosophie an der Universität Teheran. 1940 emigrierte er in die Vereinigten Staaten, wo er bis zu seinem Tod 1956 an der University of Colorado (Denver) und der Columbia University (New York) lehrte.
- Prof. Hermann Grossmann hatte 1899 an der Universität Erlangen promoviert und dann fünf Jahre lang als Assistent am Chemischen Institut der Universität Münster gearbeitet, bevor er 1906 eine Anstellung als Privatdozent am Chemischen Institut der Universität Berlin erhielt, dem er bis zu seiner Emigration 1933 in den Iran treu blieb. An der Universität Teheran unterrichtete er an der Technischen Fakultät Industriechemie. Über sein weiteres Schicksal ist mir nichts bekannt.

Daß in diesen Jahren nur zwei deutsche Wissenschaftler an der Universität Teheran Anstellung gefunden haben, mag auf den ersten Blick verwundern, doch erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man berücksichtigt, daß sowohl von iranischer als auch von deutscher Seite – wie wir schon im Falle der Ärzte beobachten konnten – viele Versuche unternommen wurden, deutschen Emigranten zu einer Anstellung im Iran zu verhelfen, die meisten jedoch aus unterschiedlichen Gründen scheiterten.

Viereinhalb Monate vor der Verabschiedung des Gesetzes zur Universitätsgründung, nämlich am 6. Januar 1934, richtete die in Zürich ansässige „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ einen dringenden Appell an

den iranischen Premierminister. Bereits mit Brief vom 26. Oktober 1933 habe man darum gebeten, Seiner Majestät dem Schah das Projekt einer Universitätsgründung im Iran zu unterbreiten. Die „Notgemeinschaft“ verwies auf ihre Erfolge in anderen europäischen Ländern, in denen deutsche Wissenschaftler untergebracht werden konnten. In der Türkei, wo man bis dahin vierzig deutsche Professoren hatte plazieren können, sei man sehr glücklich über die in aller Welt renommierten Fachkräfte. Noch gäbe es sehr große Männer, die glücklich wären, im Iran dienen zu dürfen, weshalb das Projekt einer Universitätsgründung im Iran möglichst bald in Angriff genommen werden sollte. Man unterstrich die große Bedeutung, die eine Universität dem Iran, dessen außerordentliche Entwicklung man so sehr bewunderte, geben könnte. Auf Veranlassung des Premierministers wurde daraufhin beim iranischen Kultusministerium angefragt, ob diese Gemeinschaft für die Gründung der Universität nützlich sein könne, und welche Meinung das Ministerium zum Vorschlag einer Universitätsgründung vertrete. Für das Kultusministerium antwortete ʿAlī Asgar-e Hekmat dem Premierminister, daß man bei der Gründung einer Universität natürlich einige solche Leute gebrauchen könne. Er möchte jedoch darum bitten, daß die Botschaft in Bern oder andere Zuständige eine vollständige Liste der erwähnten Personen mit ihrer Spezialisierung, Bildung und wenn möglich ihrer früheren Anstellung besorgen und ihm schicken mögen, so daß man sie mit den Bedürfnissen abgleichen und eine entsprechende Entscheidung treffen könne. Diese Bitte hatte Hekmat bereits eineinhalb Monate zuvor in einem anderen Schreiben an den Premierminister geäußert. Dabei hatte er auch bereits darauf hingewiesen, daß, falls ihre wissenschaftliche Qualifikation und Spezialisierung denen anderer ausländischer Bewerber entspreche, sich ihre Einstellung aus finanziellen und anderen, nicht näher spezifizierten Gründen lohne. Allerdings unterstehe dem Kultusministerium nur eine einzige Schule, die Industrieschule (*madrese-ye sanʿatī*), an der ein oder zwei deutschsprachige Lehrer angestellt werden könnten. In allen anderen Schulen werde nur in den im Iran üblichen Unterrichtssprachen Persisch oder Französisch unterrichtet, so daß eine Anstellung von der Kenntnis einer dieser Sprachen abhängig gemacht werden müsse.

Etwa eineinhalb Monate nach dem Schreiben der „Notgemeinschaft“ sollte der iranische Botschafter in Ankara einen Bericht über die Politik der türkischen Regierung gegenüber den deutschen Emigranten schicken. Er betonte darin, wie wertvoll der Beitrag der wissenschaftlich hoch qualifizierten deutschen Professoren an der Universität Istanbul und an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara sei. Auch andere Botschafter schicken, offensichtlich als Antwort auf ein diesbezügliches Rundschreiben des Außenministeriums, Informationen darüber, wie man in ihrem jeweiligen Land Nutzen aus den deutschen Emigranten ziehe. Manch einer legt auch eine Liste bei, die ihm das örtliche Flüchtlingskomitee zusammengestellt hatte oder leitete die Bewerbungsunterlagen von Personen weiter, die in der jeweiligen iranischen Botschaft vorstellig geworden waren. Interessant

ist dabei, daß die Botschafter ihre Nachforschungen zwar fast ausschließlich auf Anfragen des Außenministeriums angestellt haben, Antworten der iranischen Regierung jedoch nur für sehr wenige private Anstellungsgesuche überliefert sind und samt und sonders negativ ausfallen. Und dies kann nicht nur daran liegen, daß man im Iran, wie wohl in fast allen Aufnahmeländern, gebildete und betuchte Emigranten bevorzugte – denn die meisten der Bewerber brachten sowohl die eine als auch die andere Voraussetzung mit. Die einzige sinnvolle Erklärung, die ich mir denken kann, ist, daß sich auf iranischer Seite nationalistische Interessen durchsetzten und die französischen Wissenschaftler, die ja teilweise bereits an der Pädagogischen Hochschule unterrichtet hatten und nachweislich bei den Vorarbeiten zur Gründung der Universität Teheran beteiligt waren, dafür sorgten, daß, wenn schon ausländische, dann vorzugsweise französische Wissenschaftler angestellt wurden.

Im Februar 1934 meldet sich die „Notgemeinschaft“ wiederum zu Wort: Sie schickt einen ausführlichen Plan für die Gründung einer Universität, den sie für ein indisches Fürstentum ausgearbeitet hatte. Sie schlägt darin für jede Fachrichtung einen deutschen Professor vor und bietet an, weitere Professoren zu benennen, falls dem Iran eine bestimmte Fachrichtung besonders am Herzen liege und daher durch mehrere Spezialisten vertreten werden solle. Man sei außerdem bereit, einen auf die spezifisch iranischen Verhältnisse zugeschnittenen Plan auszuarbeiten, falls der Iran die dazu nötigen Informationen zur Verfügung stelle. Nach meinen Erkenntnissen hat man von iranischer Seite nicht auf dieses Schreiben reagiert. Ob der Plan, der eine ausführliche Liste aller Fächer enthält, die an einer Universität vertreten sein sollten, auf die tatsächliche Gestaltung der Universität Teheran Einfluß hatte, läßt sich schlecht nachvollziehen. Der Fächerkanon dürfte damals üblicher Standard gewesen sein, und es wird im Einzelfall kaum nachzuweisen sein, ob die Planer die Idee, einen Lehrstuhl für Chirurgie oder Mathematik einzurichten, dem deutschen Plan oder den französischen Ratschlägen entnommen haben oder selbst auf diese Idee gekommen sind.

Auch nach der offiziellen Gründung der Universität Teheran und der Aufnahme des Lehrbetriebs erreichen die iranischen Stellen noch vereinzelte Arbeitsgesuche deutscher Akademiker, die ausnahmslos abgelehnt wurden mit der Begründung, daß in dem jeweiligen Bereich keine freie Stelle vorhanden sei.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß diese Bestandsaufnahme natürlich nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Der vorliegende Beitrag beruht auf der Auswertung von lediglich 112 Dokumenten aus dem Iranischen Staatsarchiv, wobei ich aus Platzgründen noch nicht einmal alle Aspekte vorstellen konnte. Dazu kommt, daß viele Dokumente, die in den mir vorliegenden Schreiben erwähnt wurden und deren Inhalt sich teilweise sogar sinngemäß rekonstruieren läßt, offensichtlich verlorengegangen sind oder an einem anderen Ort archiviert wurden. Verwunderlich ist ferner, daß es Personen gibt, und darunter befinden sich so exponierte Vertreter wie Prof. Haas – der übrigens auch im „Handbuch

der deutschsprachigen Emigration“ nicht verzeichnet ist –, die überhaupt keine Spuren in iranischen Archivalien hinterlassen zu haben scheinen. Etwa 200 weitere Dokumente, vor allem Anstellungsgesuche deutscher Wissenschaftler, von denen ich weiß, daß sie sich im iranischen Staatsarchiv befinden, waren mir bisher nicht zugänglich.